

Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Ländern Europas, die in Südbaden leben appellieren an die europäische Solidarität

Deutschland sollte seine rigide Haltung in der Frage um Anleihen und finanzpolitische Hilfen auf europäischer Ebene überdenken. Zu viel steht auf dem Spiel. Trotz der anlaufenden Unterstützung und Hilfen für das gebeutelte Italien kann eine Verschärfung antieuropäischer und antideutscher Stimmungen festgestellt werden. Die Hintergründe hierfür sind vielfältig und Deutschland, sowie die EU sollen deswegen nicht in die alleinige Haftung genommen werden. Es haben aber alle europäischen Akteure die Möglichkeit gerade jetzt den Ressentiments und Stimmungen etwas entgegen zu setzen. Dies würde die italienischen Institutionen, den verantwortungsvoll agierenden Premier Conte, den Staatspräsidenten Mattarella, Teile der Parteienlandschaft in Italien, sowie die Zivilgesellschaft unterstützen.

Tatsächlich geht es um Zeichen der Solidarität, die über die Hilfestellungen hinaus reichen, die derzeit von deutschen Bundesländern und Krankenhäusern und deren Personal geleistet werden. Es geht um ein Einlenken der Institutionen auf europäischer Ebene und der Mitgliedsstaaten.

Der italienische Premier Conte warnt am Samstag, den 28.03.2020, im „Sole 24 ore“ zu recht: "Wenn sich Europa dieser beispiellosen Herausforderung nicht stellt, besteht die Gefahr, dass das gesamte europäische Haus vor den Augen unserer eigenen Bürger sein Fundament verliert".

Vor dem Hintergrund der Krise ist unverständlich, dass der Europäische Rat unter Führung von Deutschland die Forderung nach Anleihen blockiert und stattdessen auf den ESM verweist, der anlässlich der Finanzkrise 2008/2009 als Werkzeug für asymmetrische Verwerfungen im Euroraum geschaffen worden war. Die jetzige Krise stürzt den gesamten Euroraum in eine Depression. „Es handelt sich um einen Symmetrischen Schock“, stellt Michael Hüther im Interview mit dem Deutschlandfunk am 28.03.2020 fest, „global für alle Länder der Eurozone. Daher bedarf es finanzpolitischer Solidarität. Die Idee mit den Corona-Bonds ist, eine solche Finanzierungsmöglichkeit zu schaffen.“

Am Donnerstag vergangener Woche kam der Europäische Rat per Videokonferenz zusammen und es kam zu heftigen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich dieser Fragen und Conte berichtet, es habe eine harte und offene Konfrontation mit der Kanzlerin gegeben. Kanzlerin Merkel beharrt auf dem ESM als Rettungsschirm mit all seinen strikten Konditionen.

Conte plädiert mittlerweile für einen „European Recovery and Reinvestmentplan“ in Anspielung an den Marshall-Plan.

Nahezu unbeachtet blieb bis zum Wochenende in den hiesigen Medien die Ansprache Mattarellas an die Bürger Italiens vom Freitag vergangener Woche. Dabei richtet einen wichtigen Appell an die Regierungen der Mitgliedsstaaten, nüchtern, höflich und mit Anerkennung für einzelne Leistungen, die die Staaten erbringen, aber auch mit einem deutlichen Hinweis auf Bedrohungslage für die Union, sollte man sich nicht von alten Sichtweisen trennen.

„In der europäischen Union haben die Zentralbank und die Kommission in den letzten Tagen wichtige und positive finanzpolitische und ökonomische Entscheidungen getroffen, unterstützt durch das europäische Parlament. Der Europäische Rat und die vertretenen Mitgliedsstaaten haben das noch nicht gemacht. Es wird erwartet, dass das in den nächsten Tagen geschieht.“

Weitere gemeinsame Initiativen sind dringend notwendig, die überkommene und veraltete Klischees aufgeben, die mittlerweile angesichts der dramatischen Verfassung, in der sich unser Kontinent derzeit befindet, keine Gültigkeit mehr haben. Ich wünsche mir, dass alle die Schwere der Bedrohung für Europa vollumfänglich verstehen mögen, bevor es zu spät ist. Die Solidarität ist nicht nur eine Forderung die sich aus den europäischen Werten ergibt, sondern sie ist im gemeinschaftlichen Interesse.“

Derweil konnte man am vergangenen Samstag lesen, dass Frau von der Leyen mit deutscher Stimme sprach und klarstellte, dass es keine Anleihen geben wird, unter anderem weil die Haftungsfragen bei diesem Modell nicht zu klären seien – ein Thema, dass die finanzstarken Mitgliedstaaten von den schwächeren trennt. Spanien, Italien und Frankreich auf der einen Seite, Deutschland, die Niederlande, Finnland und Österreich auf der anderen. Damit bezieht die Kommission Stellung in Person ihrer Präsidentin zu Lasten jener Staaten, die Anleihen favorisieren. Zwar erwähnte Frau von der Leyen den Entwurf eines Aufbauplans für die Zeit nach der Krise – aber ob dieser mit Contes Plan Übereinstimmungen aufweisen und ein gemeinsames Interesse aller Staaten formulieren wird, ist nach der letzten Woche mit den deutlich aufgetretenen Konfliktlinien fraglich. Zudem wird von der Leyen mit solchen Stellungnahmen nicht als neutrale Sachwalterin europäischer Interessen am Kopf der Kommission wahrgenommen werden können. Zu groß erscheint die Abhängigkeit von deutschen Interessen im Europäischen Rat. Glücklicherweise lenkte von der Leyen mittlerweile ein.

Für die deutsche und europäische Öffentlichkeit und für die Regierung muss vor dem Hintergrund der Krise die Notlage Italiens auch als Scheideweg erkannt werden. War die europäische Union seit der Finanzkrise schon mächtig unter Beschuss, so ist sie nun bald genau dort, wo Nationalisten sie sehen wollen: Nahe der Desintegration. Solidarität ist in diesem Falle nicht eine ethische oder moralische Frage, sondern kann durchaus utilitaristisch beantwortet werden. Kann Deutschland auf einen funktionierenden Binnenmarkt verzichten, bei einem Auseinanderbrechen eines gemeinsamen Rechts- und Wirtschaftsraumes? Kann sich Europa leisten, relevante Industrien und Wirtschaftszweige an andere Märkte zu verlieren? Wenn Deutschland schon im nationalen Kontext über diese Frage nachdenkt, ist es schwer zu verstehen wie die deutsche Regierung riskieren kann, dass unseren europäischen Partnern eben dies droht.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Tatsache, dass die EZB die Budget-Regeln aufgehoben hat. Europa reagiert also durchaus auf die Krise. Ebenso hat sich die EU gegen die Reflexe der Staaten gestellt, die dazu führten, dass Schutzkleidungen an den Grenzen Deutschlands festgehalten wurden, die bereits bestellt und bezahlt an Nachbarländer ausgeliefert werden sollten. Die EU hat also durchaus im Sinne seiner Grundfreiheiten agiert und die Mitgliedsstaaten teilweise darauf verpflichten können.

Eindrücklich wendet sich Ministerpräsident Conte dann am 31.03.2020 in einem ARD-Interview an die deutschen Bürger, um seine Position zu erläutern und schließt mit dem Hinweis auf das Vermächtnis der Gründungsväter der Union:

"Europa muss zeigen, dass es eine angemessene Antwort finden kann und zwar in der Weise, wie es Europa einst zgedacht war - von Robert Schumann, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi."

Lörrach, den 01.04.2020

Marco Jansen, Lörrach